

mittel zu unterstützen, aber nur wirklich Befähigte. Wir erinnern uns mit Freude noch des Falles, daß 3 Förstersöhne im Gymnasium uns als Klassenerste zur Kenntnis gebracht wurden. Übrigens fallen Bevorzugungen (z. B. vom Adel bei sogenannten Hofstellen) jetzt von selbst weg. Was nun die Stellung der Forstschutzbeamten zur Jagdfrage anlangt, so wird eine Beseitigung gewisser Auswüchse oder der Übertreibungen schon zum Ziele führen. Der Durchführung eines gründlichen Umsturzes wird es kaum bedürfen. Ein oder mehrere Küchenhasen für den Förster zur Wildtag, auch der Abschluß von einem oder mehreren Böcken unter Belassung des Gehörnes dürfte wohl die hochgehenden Jagdwogen glätten. Das Drängen zum Abschluß von Bruchthirschen von außerhalb der forstlichen Laufbahn Stehenden dürfte von jetzt ab etwas Mäßigung erfahren; die Schwarz- und die Raubwildbestimmungen dürften verbleiben. Es wird jetzt nach dem Kriege wenig oder keine großen Rotwild- und Rehbestände mehr geben; diese zu erhalten, liegt ebenso im staatlichen Interesse, wie in dem des Personals. Zustände, wie in der Schweiz oder in Frankreich, sind nicht empfehlenswert, wohl aber solche, bei denen der Wald noch gedeihen und doch auch der bürgerlichen wie der Arbeiterküche ein Hasenbraten nicht fremd geworden ist. Bei Verpachtung der Staatsjagden würden die bekannten Nachteile auch in forstlicher Hinsicht bald zu bemerken sein. Diese würden übrigens die Jagdpachterlöse des Staates ebenso wie die der an den Staatswald grenzenden Gemeinden bedeutend herabdrücken. In allen Fällen ist kluge abwägende Mäßigung zu empfehlen und der Nutzen wohl im Auge zu behalten, den die Jagdverwaltung für den Forstdienst immerhin mit sich bringt. W.

Die Jagd in den Staatsforsten der größeren deutschen Bundesstaaten.

Von Geh. Regierungsrat Eberts-Cassel.

(Schluß.)

Württemberg.

Die Jagd in den rund 197 000 ha umfassenden Württembergischen Staatsforsten wird auf 127 300 ha von den Forstämtern verwaltet, und auf 69 300 ha durch Verpachtung genutzt.

Die wichtigsten Bedingungen bei der Jagdverpachtung sind folgende:

Die innerhalb der Grenzen der Pachtjagd liegenden umzäunten Wiesen, sowie die von dem Oberförster etwa besonders bezeichneten Kulturen

dürfen von dem Pächter und den zur Ausübung der Jagd etwa weiter erforderlichen Personen nur mit Erlaubnis des Oberförsters betreten werden. Dem Pächter steht das Recht zur Ausübung der Jagd auf den nicht mehr als 15,8 ha (50 Morgen) umfassenden Enklaven gegen Ersatz des nach Art. 3 des Jagdgesetzes an die Grundeigentümer zu entrichtenden Pachtshillings zu. Dem Pächter steht ein Einspruch gegen wirtschaftliche Maßregeln insbesondere zum Schutze des Waldes nicht zu. Dem Pächter ist gestattet, die Jagd durch einen Teilhaber und je einen aufgestellten Stellvertreter, denen das Recht zum Besitz und Tragen eines Gewehrs bezw. einer Jagdkarte nicht abgesprochen sein darf, selbständig ausüben zu lassen. Dieselben müssen vor erstmaliger Ausübung der Jagd dem Forstamt benannt werden, welchem deren Bestätigung oder Zurückweisung zusteht. In letzterem Falle steht dem Pächter die Berufung an die Forstdirektion zu. Eine Weiterverpachtung oder der Austausch von einzelnen Teilen des Jagdbezirks ist nur mit Genehmigung der Forstdirektion zulässig. Dem Pächter, Teilhaber und den Stellvertretern ist gestattet, auch andere Personen, welche Jagdkarten besitzen, auf die Jagd zu nehmen; der Pächter ist für das Verhalten dieser Personen verantwortlich. Ohne Weisung des Pächters, Teilhabers oder Stellvertreters darf die Jagd von niemand, auch wenn er mit einer Jagdkarte versehen ist, ausgeübt werden. Von dem Tag der Abhaltung einer Treibjagd ist das Forstamt und der betreffende Forstschutzbeamte vorher rechtzeitig in Kenntnis zu setzen. Das staatliche Forstschutzpersonal, welchem die Handhabung des polizeilichen Jagdschutzes auch in den verpachteten Staatsjagden zukommt, hat in Beziehung auf die Ausübung der Jagd gegen den Pächter keine weitere Verpflichtung. Sämtliche Forstbeamten des Bezirks sind befugt, die Pachtjagden dieses Bezirks auch außerhalb der Wege in Jagdausrüstung zu begehen. Die Ausübung des Jagdschutzes durch besondere Jagdaufsicher ist nur mit Genehmigung des Forstamts und in jederzeit widerruflicher Weise zulässig. Bei Ausübung der Jagd ist die Feld- und Waldkultur möglichst zu schonen. Die den Schutz der nützlichen Vögel betreffenden Vorschriften sind sorgfältig zu beachten; es dürfen demnach solche Vögel weder geschossen noch gefangen, noch dürfen Eier und Jungen derselben ausgenommen werden. Ebenso wird die Einhaltung der Vorschriften über die Hegezeit des Wildes, sowie die weidmännische Behandlung der Jagd zur besonderen Pflicht gemacht und es wird bestimmt, daß das Schießen auf Rot- und Damwild mit Schrot oder Posten, das Hezen von gesundem Wild mit hochbeinigen Jagdhunden, das Stellen von Fallen mit Ausnahme gegen Raubwild, sowie das Legen von Schlingen und von

Gift verboten ist. Der Pächter hat jeden durch irgend welche Person bei der Ausübung der Pachtjagd verursachten Schaden und ebenso etwaige aus Unfällen bei der Ausübung der Jagd entstehende Ansprüche zu vertreten. Die Pachtzeit umfaßt den Zeitraum von 6 Jahren. Die Auflösung des Pachtverhältnisses wird bewirkt: 1. Durch den Tod des Pächters, 2. durch die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen desselben; ferner ist die Forstverwaltung berechtigt, das Pachtverhältnis ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen: 1. wenn in der Person des Pächters eine oder mehrere der in Art. 8 und 9 des Gesetzes über die Regelung der Jagd vom 27. Oktober 1855 aufgeführten Voraussetzungen für die Verweigerung der Jagdkarte eintreten, 2. wenn der Pächter wegen Verfehlung, sei es gegen die, die Jagd betreffenden Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches oder gegen die Vorschriften des Art. 17 des Jagdgesetzes oder gegen die über die Art der Ausübung der Jagd oder über den Verkauf und Versand von Wild oder über den Schutz von Vögeln erlassenen allgemeinen Verordnungen oder Verfügungen rechtskräftig verurteilt worden ist und 3. wenn der Pächter mit der Bezahlung des Pachtgeldes trotz erfolgter Mahnung 2 Monate nach der Verfallzeit noch im Rückstande ist. Außerdem behält sich die Forstverwaltung das Recht jederzeitiger Kündigung des Pachtvertrages auf das Ende des laufenden Pachtjahrs vor. Dem bisherigen Pächter stehen in allen diesen Fällen keinerlei Entschädigungs- oder Rückforderungsansprüche zu. Der Pächter hat zu den Kosten der von der Forstverwaltung als notwendig erkannten Schutzvorkehrungen gegen Wildschaden einen zu bestimmenden Beitrag zu zahlen. Die Forstverwaltung behält sich vor, diesen Betrag jederzeit mit Wirkung vom darauffolgenden Jahre an zu erhöhen; in diesem Falle bleibt dem Pächter überlassen, entweder sich zur Leistung des Ersatzes bereit zu erklären oder vor dem Ende des laufenden Pachtjahres von der Pacht zurückzutreten. Eine Inanspruchnahme des Pächters zu der Leistung von Wildschadenersatz bezüglich der den Gegenstand der Pacht bildenden Staatsgüter findet nicht statt; dagegen hat der Pächter für etwaige wegen Wildschadens an Enklaven gegen die Staatsforstverwaltung erhobenen Ersatzansprüche aufzukommen und zutreffendenfalls der Staatsforstverwaltung vollen Ersatz für etwaige zur Befriedigung eines solchen Anspruchs gemachte Aufwendungen zu leisten.

Die **verpachtete** Jagd auf 69 300 ha brachte i. J. 1917 je Hektar einen jährlichen Reinertrag von 0,91 M, die Jagd auf den übrigen Staatswaldflächen von 127 300 ha dagegen bei **Selbstverwaltung** jährlich einen Ertrag von 1,03 M je Hektar. Hierbei ist noch zu bemerken, daß in Selbstverwaltung namentlich die

größeren und entlegeneren Waldkomplexe bewirtschaftet werden, während die weniger umfangreichen besonders leicht erreichbaren Waldungen entweder verpachtet oder zum Austausch des Jagdausübungsrechts benutzt werden.

Durchweg wird darauf gehalten, daß die Forstamtsvorstände eine Staatsjagd entweder in Form der Selbstverwaltung oder durch freihändige Jagdübertragung bekommen.

Die Selbstverwaltung ist in folgender Weise geregelt:

1. Das Forstamt hat alljährlich einen Beschußplan und einen Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Selbstverwaltungs-jagd zu fertigen und der Forstdirektion zur Genehmigung vorzulegen.
 2. Gegenstand dieser Jagd und der Berechnung für die Staatskasse ist der Stand und Anfall folgender Wildarten: Rotwild, Damwild, Schwarzwild, Rehwild, Hasen, Marder, Fischotter, Wildkatze, Dachs, Fuchs, Iltis, Auerhühner und Fasanen.
 3. Der Abschuß hat auf Grund des genehmigten Voranschlages in weidmännischer Weise zu geschehen. Rot- und Damwild darf nur mit der Kugel geschossen werden.
 4. Für die mit der Ausübung der Selbstverwaltungsjagden verbundenen Bemühungen und für den hiermit verknüpften Aufwand werden neben Beschaffung der Jagdarten auf Staatskosten dem Jagdverwalter (Oberförster oder Forstamtmann) jährliche Pauschbelohnungen, den Forstschußdienern Schußgelder für das in ihrer Hut erlegte Wild gewährt.
- a) Die Pauschbelohnungen der Jagdverwalter betragen nach den in letzter Zeit erhöhten Sätzen je:

bei einem Reinertrag von 400 M und mehr 75 M
" " " " 300 " " " 60 "
" " " " 200 " " " 45 "
" " " " 100 " " " 30 "

Bei einem Reinertrag unter 100 M wird keine Belohnung gewährt.

Neben der dem Jagdverwalter zustehenden Belohnung werden ihm auch die Hirschgeweihe und Rehgehörne und das etwa anfallende nachstehend unter b nicht aufgeführte Federwild überlassen.

Den Vorgesetzten der Jagdverwalter sind die Geweihe und Gehörne des von ihnen selbst erlegten Rot- und Rehwildes unentgeltlich auszufolgen. Ferner wird vorausgesetzt, daß auch dem Forstschußpersonal ein angemessener Teil der Geweihe des von diesem selbst ordnungsgemäß erlegten Wildes unentgeltlich überlassen wird.

Geweide von nicht mit der Kugel erlegten Hirschen und von Fallwild sind einzuziehen und für die Staatskasse zu verwerten.

b) Die Schußgelder der Forstschutzbeamten sind für plan- und ordnungsmäßig erlegtes Wild wie folgt festgesetzt:

für 1 Hirsch von 8 Enden und mehr	9,00	„
„ das übrige Rotwild und für Damwild je	6,00	„
„ 1 über 1 Jahr altes Stück Schwarzwild	22,50	„
„ 1 bis 1 Jahr altes Stück Schwarzwild	15,00	„
„ 1 Rehbock von über 12,5 kg	4,50	„
„ schwächeren, 1 Geiß oder 1 Reh	2,25	„
„ 1 Hase	0,60	„
„ 1 Marder, 1 Fitchotter oder 1 Wildkatze	11,00	„
„ 1 Dachs, 1 Iltis oder 1 Fuchs	7,00	„
„ 1 Auerhahn	1,50	„
„ 1 Auerhenne	0,75	„
„ 1 Fasanen	0,75	„
„ 1 über 1 Jahr alten Sommerfuchs mit nicht verwertbarem Balg	1,00	„
„ 1 Hühnerhabicht	2,00	„
„ die übrigen Tagraubvögel mit Ausnahme der Bussarde, Turmfalken und Gabelweihen	1,00	„
„ 1 Raben (Rabenkrähe, Nebelkrähe) und 1 Eichelhäher	0,40	„
„ 1 Biesel, sofern es schädlich auftritt	0,40	„
„ 1 Nestjunges der genannten Vögel je die Hälfte dieser Sätze.		

Da eine Ausrottung der genannten schädlichen Tiere nicht beabsichtigt wird, hat sich der Abschluß stets in mäßigen Grenzen zu halten.

5. Die rechtzeitige Verwertung des erlegten Wildes, in der Regel auf Grund von zum voraus abzuschließenden Lieferungsverträgen, ist Obliegenheit des Jagdverwalters.

Der Bezug von Wild durch Forstbeamte darf gegen Bezahlung der in den Lieferungsverträgen festgesetzten Preise bezw., wenn wegen geringen Anfalles keine solche Verträge abgeschlossen sind, um die örtlichen Marktpreise erfolgen.

Der Aufbruch von Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild fällt dem Jagdverwalter oder, wenn das Wild von dem Forstamtmann oder dem Hutsdiener erlegt wurde, diesem zu.

6. Über das im Laufe eines Jagdjahres (1. März bis letzten Februar) anfallende Wild hat der Jagdverwalter Rechnung zu führen. Der Eintrag in das Aufnahme- und Abgaberegister hat an demselben Tage, an dem das Wild erlegt oder abgeliefert wurde, zu geschehen.

bei Nutzwild, das nach dem Gewicht verkauft wird, auf Grund einer Gewichtsurkunde.

Die Verwertung der Raubwild-Bälge erfolgt in der Regel in einem gemeinsamen Verkauf in Stuttgart am Schlusse des Jagdjahres.

7. In Forstbezirken, in welchen die Staatsjagd ganz oder teilweise in Selbstverwaltung genommen ist, wird dem Jagdverwalter die Erlaubnis zur Pachtung einer fremden Jagd in der Regel nicht erteilt.

Baden.¹⁾

Die Fläche, auf der das Domänenärar jagdberechtigt ist, umfaßt 85 000 ha; auf 34 000 ha befindet sich die Jagd im Eigenbetriebe der Forstverwaltung, auf 51 000 ha ist sie verpachtet.

Für die Verwaltung der im Selbstbetriebe stehenden Jagden gelten im wesentlichen folgende Bestimmungen:

Das Forstamt hat den Jagdbetrieb nach Maßgabe der genehmigten jährlichen Anträge zu vollziehen. Die Forstschutzbeamten haben nach jeweiliger Anordnung des Forstamts dabei mitzuwirken, das Jagdgebiet fleißig zu begehen, auf Wildbeschädigungen zu achten und wegen etwa aus diesem Grunde örtlich gebotenen Abschusses Meldung beim Forstamte zu erstatten, sowie die rechtzeitige Einlieferung des Wildes zu besorgen bezw. dessen Transport zu überwachen. Auch das Abstreifen des verwertbaren Raubzeuges und das Aufspannen des Balges ist Sache der Forstschutzbeamten; sie haben bis zur Ablieferung der Rauchware an das Forstamt für deren zweckmäßige Behandlung und Aufbewahrung Sorge zu tragen.

Die Grundlage für den jährlichen Abschuß bildet im allgemeinen der vom Forstamt aufzustellende und in Verbindung mit dem jährlichen Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben von der Forst- oder Domänen-direktion zu genehmigende Beschußplan. Besondere Kosten für Wildbeförderung sind auf das Nötigste zu beschränken. Den forstlichen Referenten steht es zu, in den Selbstverwaltungsjagden selbst zu jagen oder Jagden anzuordnen.

Dem Beschusse im Selbstbetriebe und der Verrechnung für die Staatskasse unterliegen: alle jagdbaren Tiere mit Ausnahme der Zug- und Strichvögel, von letzteren die Enten ausgenommen. Das hiernach nicht zugunsten der Staatskasse zu verwertende jagdbare und alles nicht jagdbare Wild fällt, soweit es von Beamten des Forstamtes erlegt wird, diesen, im übrigen den Forstschutzbeamten zu.

¹⁾ Die Angaben aus Baden sind erfreulicherweise noch rechtzeitig eingegangen.

Dem Vorstande des Forstamtes und den an der Jagdverwaltung beteiligten Forstschuzbeamten werden die Jagdpässe von Amtswegen durch das Forstamt beschafft und die Taxen für dieselben auf die Staatskasse übernommen. Wegen Beschaffung von Jagdpässen für die dem Forstamte zugeteilten Forstamtänner, =Assessoren oder =Praktikanten ist vom Forstamte jeweils besondere Entschliebung der Forst- und Domänen-direktion einzuholen.

Jagdausrüstung und Schießbedarf haben die betreffenden Beamten selbst zu beschaffen. Über das Bedürfnis der Hundehaltung nach Art und Zahl derselben entscheidet die Forst- und Domänen-direktion auf Antrag des Forstamtes. Für die Hundehaltung wird Futtergeld in Form von jährlichen Bauschsummen gewährt und zwar:

- | | |
|---|------|
| a) für einen jungen noch nicht gebrauchsfähigen Dachshund . | 20 M |
| b) " " " " " " " Hühnerhund | 40 " |
| c) " " gebrauchsfähigen Dachshund | 30 " |
| d) " " " " " " " Hühnerhund | 80 " |

Erstreckt sich die Hundehaltung nicht auf ein ganzes Jagdjahr, so wird ein entsprechender Teil der Jahresbauschsumme bewilligt. Die Hundstaxe wird auf die Staatskasse übernommen. Für erwachsene Hunde, die den jagdlichen Mindestanforderungen nicht genügen (z. B. beim Dachshund Stöbern des Wildes, beim Hühnerhund Vorstehen, Apportieren und Berlorensuchen) kann weder Futtergeld bezahlt, noch die Hundstaxe auf die Staatskasse übernommen werden.

Die rechtzeitige Verwertung des Wildbrets ist Sache des Forstamtes und der Forstschuzbeamten. Dieselbe geschieht in der Regel aus der Hand an einen zuverlässigen Wildhändler. Der zu diesem Zwecke jährlich mit diesem abzuschließende Lieferungsvertrag ist von der Forst- und Domänen-direktion zu genehmigen. Wo sich aus besonderen Gründen der Abschluß eines Lieferungsvertrages nicht empfiehlt, kann ausnahmsweise das Wild aus freier Hand zu den örtlichen Marktpreisen abgegeben werden. In diesem Falle ist an Stelle des Lieferungsvertrages ein Verzeichnis der für den freihändigen Verkauf für das betreffende Jagdjahr maßgebenden Wildpreise der Forst- und Domänen-direktion zur Genehmigung vorzulegen.

Den Forstbeamten — den Forstschuzbeamten nur mit Genehmigung des Forstamtes — ist gestattet, für ihren Hausgebrauch Wild zu dem genehmigten Preis für sich zu beziehen.

Der Empfänger des Wildes hat für jede Lieferung einen Lieferchein zu unterzeichnen. Diese Empfangsbcheinigung dient als Rechnungs-

beleg. In angemessenen Zeitabschnitten ist mit den Empfängern des Wildes über deren Schuldigkeit abzurechnen.

Die Rauchware wird vom Forstamtsvorstand auf ihm gut scheinende Weise, im allgemeinen freihändig, gegen Empfangsbescheinigung verkauft. Der Verkauf von Wildbret und Bälgen findet nur gegen Barzahlung statt. Geräusch und Geweih des erlegten Hoch- und Rehwilds stehen dem Forstamtsvorstand zur Verfügung.

Den Forstschutzbeamten werden als Ersatz für Beschaffung und Abnutzung der Jagdausrüstung, ferner für Beschaffung des Schießbedarfs und für die mit Aufsicht und Ausübung der Jagd verbundenen besonderen Bemühungen Vergütungen von jedem für die Staatskasse verwerteten Stück Wild in Form von Schußgeld gewährt: für 1 Hirsch oder Alttier 6 *M.*, 1 Hirschkalb 3 *M.*, 1 Reh über 13 kg 3 *M.*, von 10—13 kg 2 *M.*, einen Hasen 0,60 *M.*, 1 Stück Schwarzwild über 30 kg 10 *M.*, bis mit 30 kg 5 *M.*, einen Fasan 0,70 *M.*, 1 Feldhuhn 0,50 *M.*, 1 Auerhahn 1 *M.*, 1 Wirkhahn 0,50 *M.*, 1 Stück Haselwild 0,20 *M.*, eine Ente 0,20 *M.*; für verwertetes Raubzeug $\frac{1}{3}$ des Erlöses, für ein Stück nicht verwertetes Raubzeug 1 *M.*

Über das im Laufe des Jagdjahres erlegte und für die Staatskasse verwertete Wild und über die durch den Jagdbetrieb erwachsenen Kosten hat das Forstamt Rechnung zu legen.

Den Jagdverpachtungen liegen folgende Hauptbedingungen zugrunde:

Die Pacht beginnt mit dem 1. Februar. Mehr als 3 Pächter, bezw. ein Pächter und zwei Teilnehmer werden für einen Jagdbezirk nicht zugelassen. Ohne Zustimmung des Forstamtes dürfen weder die gepachteten Jagden einer Jagdgenossenschaft zugeteilt oder in Unterpacht gegeben, noch weitere Teilhaber angenommen werden. Die Jagdhut sowie die Erlaubnis zur selbständigen Ausübung der Jagd darf nur solchen Personen übertragen bezw. erteilt werden, gegen welche das Forstamt keine Einwendungen erhebt. Die Forstbeamten sind befugt, bei ihren Geschäften im Jagdbezirk Gewehr und Hunde mit sich zu führen. Die Maßnahmen zur Verhütung von Wildschaden werden vom Forstamt angeordnet. Der Pächter hat den innerhalb seines Jagdbezirks an Holzpflanzen und Feldgewächsen vom jagdbaren Wild angerichteten Schaden zu vergüten, und zwar umfaßt die Entschädigung im ersteren Falle sowohl den verursachten Mehraufwand an Kulturkosten, als auch den sich ergebenden Verlust an Holzzuwachs. Die Ermittlung des Schadens geschieht in der Weise, daß die Forst- und Domänenverwaltung für jeden einzelnen Fall einen Schätzer ernennt, welcher unter Zuzug des Jagdpächters oder eines

Vertreter des selben den Schaden aufnimmt. Erscheint der Jagdpächter oder sein Stellvertreter nicht, so findet die Schadenaufnahme gleichwohl statt. Das Ergebnis wird dem Jagdpächter zur etwaigen Erklärung innerhalb einer Frist von 8 Tagen mitgeteilt. Die Kosten der Schätzung hat der Jagdpächter zu tragen. Auf Grund der Schadenaufnahme setzt die Forst- und Domänenverwaltung den Entschädigungsbetrag fest. Gegen ihren Ausspruch ist die Berufung an das Ministerium der Finanzen zulässig. Für Wildschaden, der in Waldungen weniger als 10 *M* und auf Feldern weniger als 2 *M* beträgt, wird keine Vergütung beansprucht.

Die Jagdpächter haften dem Domänenärar sammtverbindlich für alle aus dem Pachtverhältnis sich ergebenden Forderungen, ferner für Zuwiderhandlungen gegen die durch das Pachtverhältnis begründeten Verpflichtungen auch dann, wenn die Zuwiderhandlungen seitens ihrer Beauftragten (Jagdaufsesser, Jäger) oder der von ihnen zur Jagdausübung zugelassenen Personen begangen worden ist.

Für die Erträge der Jagd liegen genaue Zahlen für die letzten Jahre leider nicht vor.

Jessen.

Sämtliche Domänialjagden werden schon seit dem 3. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts öffentlich verpachtet. Ausnahmen wurden nur in den Fällen gemacht, in denen Mitglieder des Großh. Hauses Domänialjagden zum eigenen Gebrauch zu pachten wünschten. In diesem Falle trat Handverpachtung auf unbestimmte Zeit ein.

Die öffentliche Verpachtung erfolgt in der Regel auf 12 Jahre.

Der Domänialwald einer Oberförsterei bildet einen oder mehrere Jagdbezirke. Vorschriften über die Größe der Jagdbezirke bestehen nicht; die durchschnittliche Größe beträgt etwa 400—600 ha. Maßgebend hierfür sind die örtlichen Verhältnisse, doch sollen die Jagdbezirke nicht zu klein sein.

Die Verpachtung erfolgt durch die Oberförsterei, die Genehmigung der Verpachtung durch die Direktivbehörde. Nur in dem Falle, daß die Oberförster die Jagd im eigenen Dienstbezirke zu pachten beabsichtigen, haben sie hierzu die Genehmigung des Finanzministeriums einzuholen.

Der Ertrag der öffentlich meistbietend verpachteten Jagden, bestehend aus Wald und den damit zusammenhängenden Äckern und Wiesen, beträgt: 1,76 *M* je Hektar.¹⁾

¹⁾ Die hohen Pachtpreise sind durch die sehr guten Jagd- und selten günstigen Verkehrsverhältnisse, sowie den in Jessen und Umgegend herrschenden Wohlstand begründet.

Den Verpachtungen werden folgende Bedingungen zugrunde gelegt:

Es werden nur solche Personen als Jagdpächter angenommen, von denen zu erwarten steht, daß sie die Jagd weidmännisch ausüben.

Die Jagd ist weidmännisch zu behandeln und so auszuüben, daß der Wildstand nicht allzusehr vermindert wird; es darf aber auch kein übertriebener Wildstand gehegt werden.

Pächter muß allen Schaden, der bei Ausübung der Jagd an Feld- und Gartenpflanzen sowie an Waldkulturen entsteht, ersetzen; auch haftet er für den Ersatz des in dem Jagdbezirk eintretenden Wildschadens.

Verpächter behält sich das Recht vor, Schwarzwild und wilde Kaninchen durch das Forstpersonal abschießen oder auf andere Art vertilgen zu lassen. Bezüglich der Kaninchen setzt dies jedoch voraus, daß der Jagdpächter zuvor von der Oberförsterei aufgefordert wurde, selbst den Abschuß oder die Vertilgung innerhalb bestimmter Frist zu bewirken und daß er dieser Aufforderung nicht oder nicht in ausreichendem Maße nachgekommen ist. Über das durch das Forstpersonal erlegte Wild hat die Forstbehörde zu verfügen.

Der Pächter hat in der Regel die Jagd in eigener Person auszuüben; er darf jedoch auch Personen, die zur Jagdausübung geeignet sind, als Jagdgäste auf die Jagd mitnehmen. Ohne persönliche Anwesenheit des Jagdpächters dürfen mit seiner Erlaubnis nur seine Eltern und seine Kinder — sofern sie mit ihm in gemeinsamem Haushalt leben — oder Personen, die im Brote des Jagdpächters stehen, die Jagd ausüben; sie müssen jedoch gleichfalls zur Jagdausübung geeignet sein. Knechten, Tagelöhnern und Gesellen des Jagdpächters darf die Jagdausübung in dessen Abwesenheit nicht gestattet werden.

Forstbeamten, zu deren Dienstbezirk der Pachtbezirk gehört, kann die Jagdausübung innerhalb ihres zum Jagdbezirk gehörenden Dienstbezirks von dem Jagdpächter überlassen werden, sofern die obere Forstbehörde es genehmigt.

Der Pächter ist dem Verpächter und dritten gegenüber für alle Nachteile verantwortlich, die von Personen, die er die Jagd ausüben läßt, hierbei durch strafbare oder die Jagdbedingungen verletzende Handlungen verursacht werden. Der Pächter darf Jagdaufsesser annehmen und kann sie auf den Jagdschutz durch die Oberförsterei verpflichten lassen, sofern diese hiergegen nichts einzuwenden hat.

Endigt das Jagdrecht des Verpächters vor Ablauf der Pachtzeit, so hört gleichzeitig die Pacht auf, ohne daß der Pächter Schadenersatz beanspruchen kann. Das Pachtgeld wird alsdann nur nach Verhältnis der Pachtdauer bezahlt. Endigt das Jagdrecht nur für einen Teil des

Jagdbezirks, so wird das Pachtgeld nach Verhältnis der Fläche herabgesetzt. Für Grundstücke, die dem Jagdbezirk während der Pachtdauer zugehen, hat der Pächter nur dann einen Zuschlag nach Verhältnis der Fläche zu zahlen, wenn die Größe dieser Grundstücke 5 ha übersteigt.

Nachlaß am Pachtgeld findet in keinem Falle, auch nicht bei Schäden durch Truppenübungen statt. Insbesondere hat Pächter keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Pachtnachlaß, wenn der Oberförster aus forstwirtschaftlichen Gründen Waldkulturen eingattert.

Dem Pächter ist es verboten, die Jagd weiter zu verpachten oder Pachtteilhaber anzunehmen, sofern die obere Forstbehörde hierzu nicht die Erlaubnis erteilt hat.

Wenn der Pächter gewissen Bedingungen zuwiderhandelt, jagdpolizeiliche Bestimmungen nicht befolgt, jagdliche Vergehen oder Übertretungen sich zuschulden kommen läßt, das Jagdgeld nicht binnen bestimmter Frist bezahlt, so steht es im Ermessen der oberen Jagdbehörde, das Pachtverhältnis aufzuheben. Der Pächter hat in diesem Falle nicht allein das Pachtgeld solange weiter zu bezahlen, bis die Jagd anderweit verpachtet ist, sondern er muß die Kosten, die durch die anderweite Verpachtung entstehen, und einen etwaigen Mindererlös bis zum Ablauf der ursprünglichen Pachtdauer ersetzen; ein etwaiger Mehrerlös fließt dagegen in die Staatskasse. Haben mehrere gemeinsam eine Jagd gepachtet, und werden nicht alle des Pachtverhältnisses entsetzt, so besteht das Pachtverhältnis mit den übrigen Pächtern weiter. Stirbt ein Pächter vor Ende der Pachtzeit, so kann die obere Forstbehörde die Pacht als erloschen erklären. Den Erben des Pächters steht die gleiche Befugnis nicht zu.

Die Oberförsterei hat dem Pächter auf Verlangen die Grenzen des Jagdbezirks zu zeigen oder durch die zuständigen Forstschutzbeamten zeigen zu lassen. Verzichtet der Pächter hierauf, so kann er sich beim Überschreiten der Jagdgrenzen nicht auf Unkenntnis der Grenzen berufen.

Mecklenburg-Schwerin.

Grundsätzlich werden nach Angabe der Abteilung für Domänen und Forsten des Mecklenburg-Schwerin'schen Finanzministeriums die Jagden in den Staatsforsten durch das eigene Personal beschossen, weil die Verpachtung derselben weitgehende Nachteile hat; nur in einzelnen besonderen Fällen findet ausnahmsweise eine Verpachtung statt. Auch bei den Feldjagden besteht der Grundsatz, daß das Forstpersonal Gelegenheit zur Ausübung der Feldjagd behält; im übrigen finden Verpachtungen solcher Feldjagden statt, die wegen Entlegenheit schlecht zu

schützen sind. Bei allen Jagdverpachtungen wird die Rehjagd in der Regel reserviert, das Gegenteil gehört zu den Ausnahmen. Das erlegte Wild wird von den Forstverwaltungsbeamten auf Grund bestimmter Tarife für Rechnung der Staatskasse verkauft.

Braunschweig.

Die Staatsforsten umfassen ein jagdbares Gebiet von rund 82 990 ha. Nach Abrechnung von rund 8074 ha, auf denen die Jagdnutzung dem Landesherrn eingeräumt war, und von etwa 150 ha Waldflächen, die in Gemeindebezirken zerstreut liegen, verbleiben rund 74 766 ha. Auf 70 599 ha dieser Fläche wird die Jagd durch Administration, auf 4167 ha durch Verpachtung genutzt. Verpachtet werden in erster Linie solche Flächen, die getrennt liegen und sodann solche Teile größerer Waldgebiete, die, ohne den Zusammenhang zu stören, sich abtrennen lassen und nur Reh- und Kleinwild enthalten. Forsten, in denen Rotwild als Standwild vorkommt, werden grundsätzlich, mit Rücksicht auf die forstlichen Verhältnisse und um den Rotwildstand entsprechend den von der Landesregierung erlassenen Bestimmungen über Beschränkung des Rotwildstandes auf eine Höchstzahl selbst regeln zu können, nicht verpachtet.

Bei der Jagdadministration haben die Forstamtsvorstände als die örtlichen Verwalter der staatlichen Eigenjagdbezirke das sämtliche erlegte Nutzwild zu bestimmten Tagespreisen zu erwerben und dann für eigene Rechnung zu verwerten. Um von den Überschüssen, die hierbei erzielt werden, einen Teil noch für die Staatskasse zu erlangen, ist die Bestimmung getroffen, daß die Forstamtsvorstände von dem im Laufe des Jahres aus der Wildverwertung gezogenen Gewinne gewisse Prozente am Jahresschluß an die Staatskasse abzugeben haben und zwar:

von einem Betrag im 1. Hundert Mark nichts,

"	"	"	"	2.	"	"	40 %
"	"	"	"	3.	"	"	50 "
"	"	"	"	4.	"	"	60 "
"	"	"	"	5.	"	"	70 "
"	"	"	"	6.	"	"	80 "
"	"	"	"	7.	"	"	85 "
"	"	"	"	8.	"	"	85 "
"	"	"	"	9.	"	"	90 "

und in jedem folgenden " " 90 "

Hierdurch wird bezweckt, unter allen Umständen der Staatskasse die Haupteinnahme zuzuwenden und den Forstamtsvorständen, selbst in wildreichen Revieren, nur eine mäßige Vergütung für die Mühe der Wild-

verwertung zu gewähren, aber die Jagd niemals zu einer Quelle größerer Nebeneinnahmen für sie zu machen. Im Jahre 1917/18 betrug die Reineinnahme aus der Wildverwertung rund 61 491 *M.*, die Zuweisung aus den Überschüssen an die Forstamtsvorstände im ganzen rund 12 940 *M.*, das ist durchschnittlich für jeden rund 323 *M.*

Die den Forstämtern unterstellten Forstschutzbeamten beziehen aus den verwalteten Jagden dadurch Einnahmen, daß sie die auf Anstand und Firsche selbst erlegten Raubtiere und Kaninchen für sich verwerten dürfen und außerdem für alles erlegte und verwertete Nutzwild Schießgelder aus der Staatskasse bekommen. Aus letzterer werden bestritten die Jagdtreiberlöhne, die Wildfütterungskosten, die Wildschadenvergütungen, Gatterkosten und dergleichen.

Der Abschuß von Rotwild wird unter Berücksichtigung dessen, daß von dieser Wildart gesetzlich nicht mehr als zwei Stück je 100 ha geduldet werden dürfen, alljährlich auf Grund von Bestandesfeststellungen getrennt für männliche und weibliche Stücke festgesetzt. Ebenso wird der Abschuß von Rehwild alljährlich festgesetzt, während über das Maß des Abschusses von Kleinwild selten besondere Bestimmungen getroffen werden.

Die Einnahme aus den verwalteten Jagden auf 70 599 ha hat im Jahre 1917/18 rund 60 782 *M.*, somit pro Hektar rund 0,80 *M.*, betragen; die Jagdausgaben, in denen die Kosten für selbstseitige Gatter und die Wildschadenvergütungen eine erhebliche Rolle spielen, beliefen sich auf 23 356 *M.*, somit pro Hektar rund 0,30 *M.*. Die Reineinnahme berechnet sich demnach für das Jahr 1917/18 auf 37 426 *M.* oder auf 0,53 *M.* je Hektar.

Auf 4167 ha ist die Jagd verpachtet. Die Verpachtung erfolgt im Wege des Meistgebots. Die jährliche Einnahme aus der Jagdverpachtung betrug durchschnittlich 2 *M.* je Hektar. Die Verhältnisse liegen hier ähnlich günstig wie in Hessen. Trotz der hohen Pachtpreise beabsichtigt die Braunschweig'sche Kammer nicht, noch wesentlich größere Flächen zur Verpachtung zu bringen, insbesondere nicht, sie auf größere zusammenhängende Forstbezirke auszu dehnen. Von den Verpachtungsbedingungen sind folgende zu erwähnen:

Zum Ersatze von Wildschaden ist der Pächter nicht verpflichtet. Er muß aber durch regelrechten Abschuß eine Überhandnahme des Wildstandes verhüten und kann dazu hinsichtlich des Rehwildes nötigenfalls durch Festsetzung der jährlichen Abschußzahl angehalten werden. Erfüllt Pächter den vorgeschriebenen Abschuß nicht, so ist Verpächterin befugt, den Vertrag zum Schlusse des laufenden Pachtjahres zu kündigen. Weibliches Rehwild darf in jedem Pachtjahre höchstens in derselben An-

zahl abgeschossen werden, in der Rehböcke erlegt sind, falls nicht von der Verpächterin über den Rehabschuß anderweite Bestimmung getroffen wird. Im letzten Pachtjahr darf der Pächter weibliches Rehwild und Rehkälber überhaupt nicht abschießen. Pächter ist verpflichtet, das Wild im Winter durch Fütterung vor Not zu schützen. Zu diesem Zwecke räumt ihm die Verpächterin das Recht ein, an den mit dem zuständigen Forstamte zu vereinbarenden Stellen Futterplätze, Raufen, Salzlecken usw. anzulegen. Ebenso darf Pächter die zur ordnungsmäßigen Jagdausübung erforderlichen Einrichtungen, wie Pirschwege, Hochsitze usw. ausführen lassen und zwar unter tunlichster Schonung der Holzbestände usw. und gegen Vergütung der etwa angerichteten Schäden. Unterverpachtungen und Pachtabtretungen ohne Zustimmung der Verpächterin sind untersagt und rechtsunwirksam. Ferner sind verboten Ausstellungen von Jagderlaubnisscheinen gegen Entgelt, der Abschluß eines Gesellschaftsvertrages, in dem der Pächter Dritten die Befugnis zur Ausübung der Jagd gegen Entgelt einräumt, die Aufnahme von Mitpächtern, die Übertragung des Pachtrechtes mit seinen Rechten und Pflichten ganz oder teilweise für bestimmte oder unbestimmte Dauer auf Dritte.

Das Forstpersonal ist befugt, den verpachteten Jagdbezirk mit Gewehr und an Riemen zu führenden Hunden zu betreten.

Bei der Annahme von Jägern oder Jagdaufsiehern ist das Einverständnis des Forstamtes einzuholen.

Die zulässige Anzahl der auszustellenden Jagderlaubnisscheine bestimmt auf Antrag die Verpächterin.

Pächter muß sich Änderungen in der Bewirtschaftung und Benutzung der den verpachtenden Jagdbezirk bildenden Grundstücken, sowie auch ihre teilweise Umgatterung gefallen lassen, ohne daß ihm ein Anspruch auf Entschädigung für etwa ihm daraus erwachsende Nachteile zusteht. Die Ausübung der Jagd auf den umgatterten Grundstücken bleibt dem Pächter gestattet, sofern nicht besondere Verhältnisse dies untunlich machen. In solchem Falle soll eine Ermäßigung des Pachtgeldes nach Verhältnis der Flächengröße der von der Jagdnutzung ausgeschlossenen Grundstücke stattfinden. Pächter ist verpflichtet, eine Nachweisung über das sämtliche in dem erpachteten Jagdbezirke in jedem Jagdjahre erlegte Wild alljährlich unaufgefordert an das betreffende Forstamt einzureichen.

* * *

Aus den vorstehenden Mitteilungen¹⁾ geht hervor, daß die Nutzung der Jagd in den Staatsforsten in Deutschland in verschiedener Weise erfolgt.

¹⁾ Aus Elsaß-Lothringen war es nur leider bei den derzeitigen Verhältnissen nicht möglich, zuverlässige Angaben zu erhalten.

Für die Entschließung darüber, in welcher Weise die Nutzung der Jagd in den Staatsforsten am zweckmäßigsten zu erfolgen habe, werden hauptsächlich folgende Gesichtspunkte maßgebend sein:

1. Erzielung der **dauernd** größten Erträge für die Staatskasse;
2. Wahrung der Interessen der Verwaltung und des Betriebes der Forsten;
3. Vermeidung einer Schädigung der allgemeinen Jagdverhältnisse, insbesondere der in der Nähe der Staatsforsten gelegenen gemeinschaftlichen Jagdbezirke der Gemeinden.

Was zunächst die Erzielung der höchsten Erträge anbelangt, auf die unter den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen vor allem Rücksicht genommen werden muß, so würden bei der Verpachtung in einigen Fällen, insbesondere bei sehr günstig gelegenen Revieren zweifellos vorübergehend höhere Erträge als beim Eigenbetriebe erzielt werden können. Ob auf die Dauer, ist sehr fraglich. Häufig wird schon bei der zweiten Verpachtung ein erhebliches Sinken der Pächterlöse eintreten. Für große Teile der Staatsforsten würden sich voraussichtlich Pächter überhaupt nicht finden, oder aber nur solche, die die Jagd lediglich des Erwerbs wegen anpachten und nachdem sie dieselbe ausgeübt haben, wieder aufgeben.

In den wenigen Fällen aber, in denen es sich dem Pächter nicht um die Erzielung hoher Erträge handelt, besteht die Gefahr, daß der Wildstand über Gebühr gehegt und hierdurch der forstliche Betrieb geschädigt wird. Zu starker Abschuß entwertet die Jagd, zu starke Hege schädigt den Wald und die angrenzenden Feldmarken (großer Wildschaden!).

Ferner darf nicht übersehen werden, daß die Dienstfreudigkeit der Forstbeamten überaus ungünstig beeinflusst werden würde, wenn fremde Personen in ihren Dienstbezirken die Jagd ausübten, sie selbst aber nur mit deren Erlaubnis an dem Wildabschuß teilnehmen könnten.

Außerdem würde der Forst- und Jagdschutz sehr erschwert, das Ansehen der Forstbeamten geschädigt und der Beamte dem Jagdpächter gegenüber in eine wenig angenehme Lage versetzt werden. In vielen Fällen würde der Beamte zum Nachteil des Staates in zu nahe Beziehungen zum Jagdpächter treten, in anderen Fällen würden Verstimmungen und Reibereien zwischen den Beamten und den Pächtern kein Ende finden.

Durch die Verpachtung der Jagd in den Staatsforsten würden die allgemeinen Jagdverhältnisse sehr leiden, die Gemeinden, besonders die

in der Nähe der Staatswaldungen gelegenen, würden erheblich in ihren Einnahmen geschädigt werden. Solange in den Staatsforsten die Jagd pfleglich behandelt wird, wofür eine Garantie nur beim Eigenbetriebe vorhanden ist, ergänzt sich der Wildstand im ganzen Lande, besonders aber in den benachbarten Gemeindejagdbezirken immer wieder aus dem Wildstande der Staatsforsten und diesem Umstande sind die hohen Einnahmen hauptsächlich zuzuschreiben, die die Gemeinden bisher aus ihren Jagden hatten. Dies würde im Falle der Verpachtung der Staatsjagden mit einem Schlage anders werden. Die oft außerordentlich hohen Einnahmen der Gemeinden an Jagdpachten würden infolge der Verschlechterung der Jagden und weil infolge des großen Angebots von Staatswaldjagden die Zahl der Jagdliebhaber für die Gemeindejagden sehr stark abnehmen würde, nicht nur sehr erheblich sinken, sondern vielfach wohl ganz wegfallen.

Die guten Wildstände, um die uns das Ausland immer beneidete, verdanken wir nur der guten Handhabung der Jagd in den über das ganze Land zerstreuten Staatsforsten und in den Forsten des Grundbesitzes; werden diese Wildstände aber durch die Verpachtung der Jagden zerstört, dann ist damit der Ruin der Jagd im ganzen Lande besiegelt.

Soweit darf es aber nicht kommen; der Haltung übertriebener Wildstände muß vorgebeugt, die Erhaltung angemessener Wildstände gesichert werden! Hierzu gibt es kein anderes Mittel, als das des Eigenbetriebes der Jagd in den Staatsforsten!

In dem größten Teile der deutschen Staatsforsten erfolgt denn auch die Nutzung der Jagd im Eigenbetriebe; in mehreren Staaten hatte man vorübergehend die Jagden verpachtet, ist aber infolge der hierbei gemachten schlechten Erfahrungen wieder zum Eigenbetrieb zurückgekehrt.

Hiernach dürften für die Jagdnutzung in den Staatsforsten folgende Grundsätze aufzustellen sein:

1. Die Nutzung der Jagd findet grundsätzlich im Eigenbetriebe statt; durch Verpachtung in einzelnen Fällen beim Vorliegen besonderer Verhältnisse.
2. Die Verwaltung der Jagd erfolgt durch die Revierverwalter; von diesen ist auch der Wildabschuß unter Mitwirkung der Forstschutzbeamten auf Grund der von ihnen alljährlich aufzustellenden und von der vorgesetzten Dienstbehörde zu genehmigenden Beschußpläne auszuführen.

Die Forstbeamten der vorgesetzten Dienstbehörden können sich am Wildabschusse beteiligen.

3. Sämtliche Einnahmen aus der Jagd fließen in die Staatskasse, sämtliche Ausgaben werden von dieser bestritten. Die Kosten für die Hundehaltung usw. sind von den Revierverwaltern aus ihrer Dienstaufwandsentschädigung zu bestreiten, bei dessen Festsetzung hierauf Rücksicht zu nehmen sein wird.
4. Die Forstschußbeamten erhalten für jedes in ihren Schußbezirken erlegte Stück Wild ein bestimmtes Schußgeld aus der Staatskasse, dagegen sind sie verpflichtet, das Aufbrechen des Wildes, das Abschlagen der Geweihe und Gehörne vorzunehmen, sowie den Transport des Wildes an die von dem Revierverwalter zu bestimmende Ablieferungsstelle auf Kosten der Staatskasse zu veranlassen.
5. Geweihe, Gehörne, Haken, Aufbruch einschließlich Feist des erlegten Wildes erhält der Erleger, und zwar die Staatsforstbeamten unentgeltlich, andere Erleger gegen Zahlung bestimmter Tagbeträge an die Staatskasse.
6. Den Forstbeamten, und zwar sowohl den Beamten des Revieres wie auch den vorgesetzten Forstbeamten, ist für den häuslichen Bedarf Wild gegen Zahlung des Wildhändlerpreises zu überlassen.

III. Literarische Berichte.

Nr. 12.

Moderne Wirtschaft. Von Forstdirektor Ing. August Rubelka, f. f. Oberforstrat d. R. emer. Leiter des forstlichen Versuchswesens Österreichs. Wien und Leipzig, Franz Denticke, 1918 (190 Seiten, 11,25 M.).

Fünf Jahre nach dem Erscheinen der bekannten Schrift Prof. Wagners-Tübingen „Die räumliche Ordnung im Walde“, in der der Blendersaumschlag gelehrt wird, gab Rubelka in Wien ein Heft¹⁾ heraus, in dem er den Versuch machte, die Wagner'schen Grundsätze auf die Hochgebirgswirtschaft zu übertragen. Den Hiebsfortschritt von Norden nach Süden mußte er natürlich aufgeben und auch die sonstigen Schwächen, die das Wagner'sche Verfahren im Hochgebirge zeigen mußte, die Um-

¹⁾ Die intensive Bewirtschaftung der Hochgebirgsforste. Wien, W. Fried, 1912 (Besprechung von F. v. Fürst im Forstw. Zentralblatt 1912, S. 225).